Editorial

Autor(en): **P.F.**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **13 (1993)**

Heft 25

PDF erstellt am: **02.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Editorial

> Wir sind jetzt in einer Verteilungsdiskussion, die den Wirtschaftsabschwung verschärft ... Kapital fliesst dorthin, wo es am rentabelsten eingesetzt werden kann.
>
> T.Necker, BDI-Präs., über Solidarpakt und Löhne, Spiegel 6/93

Steuern wir auf eine Wirtschaftskrise zu wie 1929? Jean C. Paye, Generalsekretär der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Europa, ist überzeugt, dass "sich die Geschichte zum Glück nicht wiederholt" (ZEIT, 28.5.93), sieht aber in der Arbeitslosigkeit "eine gefährliche Wunde unsrer Gesellschaften". Er warnt, "technologische Innovation als Jobkiller zu verteufeln". Und klar ist ihm auch: "Solange das Entwicklungsniveau und die Lohnkosten zwischen den Schwellenländern und den Industrienationen weit auseinanderklaffen, werden Arbeitsplätze abfliessen". Dennoch hält er mit Blick auf den "weltweiten Wohlstand" am Freihandel fest, und nur als ultima ratio fände er "einen europäischen Protektionismus" besser, "als soziale Explosionen hinzunehmen".

Die Liberalisierungs- und Deregulierungsstrategen geben sich beunruhigt, und aus ihrer Sicht gibt's dafür Anlass genug: Die "Beschäftigungsmaschine" auf dem nordamerikanischen Arbeitsmarkt springt nicht an, der "Handelskrieg" zwischen EG, USA und Japan verschärft sich und die beschäftigungspolitische Illusion des EG-"Projekts 93" ist am Ende - eine "düstere Phase" (Delors) in der EG-Geschichte. Auch die Schweiz ist kein Sonderfall mehr, sondern ein "Arbeitsmarkt-Normalfall" (FAZ).

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern und in den osteuropäischen Ländern sowie Unterbeschäftigung und Massenarmut in der "Dritten Welt" schaffen Zukunftsängste. Denn die Krise der Weltökonomie bzw. der weltmarktorientierten Modernisierung wird an deren kriegerischen, sozialen und ökologischen Folgen in den kapitalistischen Metropolen wie auch in den Peripherien jetzt in erschreckendem Ausmass sichtbar.

Dies spitzt unter anderem die Konkurrenzsituation auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt in den Industriestaaten zu, schürt die Fremdenfeindlichkeit gegen die "ausländischen" Arbeitskräfte, von denen wirtschaftlich längst alle abhängig sind. Statt dass "Recht auf Arbeit" für alle gefordert wird, greift ein angst- und stimmungsgeladener Wohlstandschauvinismus um sich und beansprucht "nationale Vorrechte" auf Ausbildung, Arbeitsplatz und "Heimat". Aber auch restriktivste "Ausländerpolitik" und die faktische Abschaffung des politischen Asyls in einigen westeuropäischen Ländern arbeiten denjenigen Kräften in die Hände, die an einer Refaschisierung der sozialen und politischen Verhältnisse interessiert sind.

Vor diesem aktuellen Hintergrund werden im vorliegenden Heft Ursachenanalysen zur Arbeitslosigkeit und zur Krise des Arbeitsmarkts, der Arbeitsgesellschaft und des Normalarbeitsverhältnisses vorgelegt sowie Diskussionsbeiträge zu Modellen und Perspektiven neuer Arbeitszeitpolitik und wirtschaftspolitischer Alternativen.

1. Juni 1993 P.F.

Betr.: Preiserhöhungen

Geschätzte Leserin und geschätzter Leser, ab Nummer 25 müssen wir den Verkaufspreis für das WIDERSPRUCH-Heft erhöhen. Das Heft kostet neu im Einzelverkauf (Buchhandel und Direktbestellung) 18 Franken, im Jahresabonnement 32 Franken (inklusive 4 Franken Porto- und Versandkosten) für die jeweils zwei Heftnummern pro Jahr.

Da wir an einem breiten Kreis von Leserinnen und Lesern interessiert sind, liegt uns daran, den Heftpreis so niedrig wie nur möglich zu halten. Folglich sind wir auch nicht in der Lage, Honorare für Autorinnen und Autoren zu bezahlen; die Redaktions-, Administrations- und Vertriebsarbeiten können wie bisher ohnehin nur minimal oder gar nicht entschädigt werden. Was aber diese Preiserhöhungen notwendig macht, sind neben der allgemeinen Teuerung vor allem die gestiegenen Produktionskosten (Satz und Druck) sowie die erhöhten Posttaxen in den letzten zwei Jahren.

Der Mitgliederbeitrag des Fördervereins WIDERSPRUCH, der nach wie vor eine wichtige finanzielle Stütze des Zeitschriftenprojekts bildet, wurde auf 150 Franken erhöht (inklusive 2 Hefte). Den Mitgliedern des Fördervereins und anderen Spenderinnen und Spendern danken wir für die grosszügige Unterstützung.

Die Red.

Berichtigung

Im Beitrag von Mascha Madörin 'Hätten Sie Mutter EWR beitreten wollen?' in Heft 24/92 auf S. 159, 2. Absatz, 3.Zeile muss es richtig heissen: "Ein Kriterium dieser Frauen-Politik müsste in der Frage bestehen...". Wir bitten um Entschuldigung.